Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3573
18. 01. 80

Fragen

für die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 23. Januar 1980
am Donnerstag, dem 24. Januar 1980

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 20 08 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (0 22 21) 36 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

1. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung seit der Beantwortung der Frage des Abgeordneten Tillmann im Mai 1976 (vgl. Stenographischer Bericht über die 238. Sitzung am 6. Mai 1976, Seite 16 715) unternommen, um die SED-Behörden zu einer Änderung ihrer – nach Auffassung der Bundesregierung gegen den Verkehrsvertrag verstoßenden – Haltung in der Frage der Ein- und Durchreise von Motorradfahrern zu bewegen, und was wird sie künftig unternehmen?

2. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Worauf ist es nach Auffassung der Bundesregierung zurückzuführen, daß der Verkehrsvertrag zumindest in dieser Frage der Ein- und Durchreise von Motorradfahrern unterschiedliche Auslegungen zuläßt, und hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Erhöhung und Pauschalierung der gesamten Straßenbenutzungsgebühren auch die Frage der Ein- und Durchreise von Motorradfahrern zur Sprache gebracht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

3. Abgeordneter **Lattmann** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Erfahrungen mit den Modellversuchen für Künstler an Schulen, insbesondere im Bereich der darstellenden und bildenden Künste, und welche Projekte sind entsprechend für Schriftsteller an Schulen vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

4. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Wie schätzt die Bundesregierung die Chancen ein, im Jahr 1980 die Ölversorgung der kleinen und mittleren freien und unabhängigen mittelständischen Unternehmen des Mineralölhandels zu sichern?

5. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die in letzter Zeit wiederholt geäußerte Auffassung, daß sich der Markt für Mineralöl positiv für Käufer verändern wird, weil die Spotmärkte kurzfristig freie Mengen anbieten würden?

6. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit bestätigt die Bundesregierung Pressemeldungen, daß durch Kontingentierung der Lieferungen Tankstellen daran gehindert werden, mit niedrigeren Benzinabgabepreisen größere Mengen abzusetzen und dadurch für eine Verbesserung des Wettbewerbs zu sorgen?

7. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu veranlassen, um Wettbewerbsverzerrungen bzw. Benzinabgabepreismanipulationen in Form von begrenzten Lieferkontingenten wirksam zu verhindern, damit die Verbraucher erst in die Lage versetzt werden, durch ein preisbewußtes Kaufverhalten eine Preisbeeinflussung zu realisieren?

8. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung in den Jahren 1978 und 1979 ergriffen, um eine Umstellung vom Energieträger Öl auf den Energieträger Kohle zu beschleunigen?

9. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung das bereits mehrfach angekündigte Kohleveredlungsprogramm vorlegen?

10. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welcher quantitative Beitrag zur Energieversorgung unseres Landes ist ab Mitte der 80er Jahre zu erwarten, wie dies der Bundeskanzler am 17. Januar 1980 vor dem Deutschen Bundestag erklärt hat?

11. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Haben nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Handelsbeziehungen zur UdSSR oder zu den RGW-Staaten insgesamt ein Ausmaß erreicht, das eine wirtschaftliche Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland von diesen Staaten herbeigeführt hat oder herbeizuführen droht dergestalt, daß im Fall einer Krise z. B. durch Sperrung von Rohöl- und Erdgaslieferungen durch die Sowjetunion die Versorgung der Bevölkerung mit Heizmaterial beeinträchtigt wäre?

12. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche für die deutsche Wirtschaft anderswo nicht oder nur schwer beziehbaren Rohstoffe, insbesondere welche Erze und Metalle, werden aus der UdSSR bezogen, und welcher Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit ist nach Auffassung der Bundesregierung hierdurch gegenüber der UdSSR entstanden?

13. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob Energieversorgungsunternehmen in neuen Verträgen mit ihren Kunden ausschließen, daß Energieträger wechselweise mit anderen Wärmegewinnungsanlagen genutzt werden (siehe z. B. „Frankfurter Rundschau" vom 15. Januar 1980), und welche Schritte will die Bundesregierung unternehmen, um die Geschäftspolitik der Energieversorgungsunternehmen in diesem Bereich mit der erklärten Energiepolitik der Bundesregierung in Einklang zu bringen?

14. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorgehen, durch vertragliche Klauseln auszuschließen, daß gelieferte Energie mit anderen Wärmegewinnungsanlagen, wie z. B. Sonnenenergie oder Wärmepumpen, kombiniert wird (Frankfurter Rundschau vom 15. Januar 1980), und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, daß auf solche Weise Energiesparmaßnahmen verhindert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

15. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Welches sind im einzelnen die Anzeichen, die nach einer Mitteilung der Bundesregierung dafür sprechen, daß orthodox-kommunistisch orientierte „türkische Extremisten sich auch bei den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen unter dem Vorwand der ‚gemeinsamen Front gegen den Faschismus' betätigen wollen"?

16. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung unter dem Gesichtspunkt des Ausländerrechts, und welche Vorstellungen hat sie, wie sie einer solchen Entwicklung zu begegnen gedenkt?

17. Abgeordneter **Lattmann** (SPD)

Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung vor, wie öffentliche Bibliotheken aller Bereiche stärker als bisher für verhältnismäßig bildungsferne Bevölkerungsgruppen benutzt werden können, insbesondere auch für ausländische Arbeitnehmer und ihre heranwachsenden Kinder?

18. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Worauf führt die Bundesregierung zurück, daß die Ausreise von Deutschen aus der Sowjetunion und Rumänien im Jahr 1979 bis zu 20 v. H. im Vergleich mit 1978 rückläufig gewesen ist, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

19. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Falle eines westlichen Boykotts der Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau dem NOK der Bundesrepublik Deutschland zu empfehlen, ebenfalls auf die Teilnahme zu verzichten, oder vertritt die Bundesregierung die Meinung einzelner Sportfunktionäre, die Spiele hätten nichts mit Politik zu tun, obwohl erfahrungsgemäß die Machthaber diktatorischer Systeme bevorzugt diese Gelegenheit einer weltweiten Sympathiewerbung nutzen?

20. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister beim Entwurf der Richtlinie zu § 28 Abs. 3 der Strahlenschutzverordnung administrative Maßnahmen gegen Ingestion auszuschließen beabsichtigt, und falls ja, in welchem Verhältnis steht nach Auffassung der Bundesregierung der praktische Gewinn an Sicherheit zum technischen Aufwand an den kerntechnischen Anlagen?

21. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Nach welchen Prinzipien werden die Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke (Entsorgungsgrundsätze) von 1977 von der Bundesregierung geändert, und welche Konsequenzen hat dies für laufende und künftige Genehmigungsverfahren von Kernkraftwerken?

22. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Wie ist das weitere Verfahren für die Inkraftsetzung und Verwirklichung der Entsorgungsgrundsätze?

23. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Sind die Ankündigungen des Bundesinnenministers in bezug auf seine Vorstellungen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung so zu verstehen, daß die Bundesregierung beabsichtigt, den Anteil der weiblichen Beschäftigten zunächst im Bundesinnenministerium, seinem nachgeordneten Geschäftsbe-

reich und generell im öffentlichen Dienst zu erhöhen und die Aufstiegsmöglichkeiten der Frauen dort zu verbessern, und wenn ja, welche mittel- und langfristige Zielsetzung (Quote) verfolgt die Bundesregierung dabei?

24. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Weshalb sind in dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 1980 (BR-Drucksache 545/79) besoldungsmäßige Vorstellungen des Bundes Deutscher Rechtspfleger, besonders die unmittelbare Zuweisung des Eingangsamts A 10 ohne Vorschaltung einer Probezeit in A 9, nicht berücksichtigt worden, obwohl alle Bundestagsfraktionen und die Bundesregierung bei der ersten Lesung des Rechtspflegergesetzes am 23. Oktober 1968 entsprechende Zusagen machten?

25. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Wie groß ist die Zahl der Rechtspfleger, die von einem Eingangsamt nach A 10 einen Vorteil hätten, und wie groß ist die Zahl der Rechtspfleger, die einkommensmäßig begünstigt würden, wenn die Rechtspflegerzulage auf 145 DM angehoben würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

26. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Trifft es zu, daß bei staatlichen Leistungen des Bundes, die an Einkommensgrenzen geknüpft sind (z. B. BAföG), die ausführenden Ämter die gewährten Mittel grundsätzlich nicht zurückfordern, wenn sich nachträglich herausstellt, daß das Einkommen die maßgebenden Grenzen übersteigt (z. B. im Anschluß an steuerliche Betriebsprüfungen), weil sie von den Finanzämtern nicht über das geänderte Einkommen informiert werden, und was gedenkt die Bundesregierung bejahendenfalls dagegen zu tun, um insoweit eine Fehlleitung staatlicher Gelder zu verhindern?

27. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Hält die Bundesregierung die gegenwärtige Praxis bei Betriebsprüfungen, nach der schon bei Mehrergebnissen von 20 DM eine Änderung der Steuerbescheide vorgenommen wird, unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsvereinfachung für ausreichend, und ist die Bundesregieung bereit, dem Gesetzgeber eine Erhöhung der seit 1953 geltenden Kleinbetragsgrenze von 20 DM auf 100 DM vorzuschlagen?

28. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Wie hoch waren die Steuersenkungen (Steuervorteile) von 1979 bis 1980 prozentual und nominal pro Kopf für Arbeitnehmer einerseits und Selbständige andererseits?

29. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Hat sich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen in seiner amtlichen Eigenschaft unter Umgehung der zuständigen Landesfinanzbehörden und der Amtsleitung unmittelbar an Sachbearbeiter oder Sachgebietsleiter von Finanzämtern gewandt, und hält die Bundesregierung dies für zulässig?

30. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Präsident der Oberfinanzdirektion Münster (OFD) eine Fragebogenaktion von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Androhung dienstrechtlicher Konsequenzen verboten hat, mit denen sich diese – nach zahlreichen Beschwerden von Beschäftigten der OFD – nach gesundheitlichen Schädigungen durch den Betrieb der Klimaanlage in den Gebäuden der OFD Münster erkundigen wollten?

31. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Billigt die Bundesregierung das Vorgehen des Präsidenten der OFD Münster, das im Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu Fragen der Informations- und Werbearbeit der Gewerkschaft in Betrieben steht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

32. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den geplanten Vertrag zwischen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem Bundesverband der Ersatzkassen über die Einbeziehung der Verhaltenstherapie in das sogenannte Delegationsverfahren im Hinblick auf ihre Überlegungen zum Erlaß eines Psychotherapeutengesetzes?

33. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung längere Öffnungszeiten, als im Ladenschlußgesetz vorgesehen, „mehrere Monate lang im ganzen Bundesgebiet zu testen" (Bundesministerin Frau Huber in „Bild" vom 15. Januar 1980), und ist ein solcher Versuch nach dem Ladenschlußgesetz zulässig?

34. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, wonach die Bundesregierung einen Modellversuch im ganzen Bundesgebiet beabsichtigt, die Ladenschlußzeiten zu verlängern, und wenn ja, wann und unter welchen konkreten Bedingungen ist mit dessen Start zu rechnen?

35. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele schwerbehinderte Rollstuhlfahrer die öffentlichen Verkehrsmittel nicht benutzen können, weil die entsprechenden technischen Voraussetzungen nicht vorhanden sind und sie somit ihre Rechte nach dem Gesetz über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr vom 9. Juli 1979 nicht geltend machen können, und gibt es Möglichkeiten seitens der Bundesregierung, auf bessere technische Voraussetzungen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Schwerbehinderte hinzuwirken?

36. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zur finanziellen Entlastung dieser Gesellschaftsgruppe zu tun, die infolgedessen beruflich und privat in der Regel auf die Beförderung mit dem Personenkraftwagen angewiesen ist und infolge der steigenden Treibstoffkosten immer höheren finanziellen Belastungen unterliegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

37. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen über der Bundesregierung vorliegende Studien zu, die u. a. zu alarmierenden Ergebnissen über die langfristigen strategischen Zielsetzungen der Sowjets im nahen/mittleren Osten und auf dem afrikanischen Kontinent gelangen, und warum werden gegebenenfalls derart wichtige, die freiheitliche Zukunft unseres Landes entscheidende Erkenntnisse nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

38. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, zur Verbesserung der Unteroffizierausbildung schrittweise die Schüleretatstellen so anzuheben, daß dadurch die Truppe wirksam entlastet wird?

39. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Generalmajor Bastian seine Pflichten nach § 10 des Soldatengesetzes verletzt hat, und beabsichtigt sie deshalb, ein förmliches Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten?

40. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung das Entlassungsgesuch des Generalmajors Bastian gemäß § 50 Abs. 1 des Soldatengesetzes dem Herrn Bundespräsidenten zur Entscheidung vorgelegt, oder hat der Bundesverteidigungsminister dieses Gesuch, und wenn ja, auf Grund welcher Umstände, unmittelbar selbst abgelehnt?

41. Abgeordnet **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Generalmajor Bastian auch nach seiner im Rücktrittsgesuch öffentlich geäußerten Auffassung zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland immer noch dem Vertrauen gerecht wird, das gemäß § 10 Abs. 6 des Soldatengesetzes Voraussetzung für die Eignung als militärischer Vorgesetzter ist, oder gibt es in der Bundeswehr Spitzenverwendungen, für die die Forderungen nach § 10 des Soldatengesetzes nicht zutreffend wären?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

42. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, nochmals auf die Industrie einzuwirken, damit sie die Ablehnung der Empfehlung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, die von der Weltgesundheitsorganisation ausgearbeiteten Dosierungsempfehlungen für Süßstoffe auf die Packungen zu drucken, erneut überprüft?

43. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Trifft es zu, daß zur Begründung des Anspruchs auf Mutterschaftsurlaub für Arbeitnehmerinnen Leistungsminderungen auf Grund von Veränderungen im hormonellen und endogenen Bereich, im autonomen Nervensystem und vielfach auch im psychischen Bereich angeführt werden, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß leibliche Mütter, deren Kinder bei der Geburt oder kurz danach gestorben sind, bzw. Mütter, die ihre Kinder zur Adoption freigegeben haben, auch Ansprüche auf vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Leistungsfähigkeit nach dem Mutterschutzgesetz geltend machen können?

44. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung, den Mutterschaftsurlaub auch für Mütter, die ein Kind adoptieren, einzuführen?

45. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Zusammenhang mit den Pflichtreihenuntersuchungen zur Tbc freiwillige Vorsorgeuntersuchungen anzubieten, die in einem sogenannten Risikofaktorenfahndungsprogramm, bei dem Größe, Gewicht, Blutdruck, Blutzucker, Blutfette, Harnsäure und Urin der zu Untersuchenden routinemäßig erfaßt werden, um damit die Risikofaktoren zur Entstehung von Blutzuckererkrankung (Diabetes mellitus) und Bluthochdruckleiden, an denen in der Bundesrepublik Deutschland derzeit schätzungsweise 8 Millionen Bluthochdruckkranke, 1,2 Millionen Diabetiker und jährlich 250 000 Infarktkranke leiden, möglichst frühzeitig zu erkennen und entsprechende ärztliche Behandlungsmaßnahmen vorzuschlagen?

46. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Hält die Bundesregierung die derzeitige Versorgungsdichte mit Zahnärzten in der Bundesrepublik Deutschland für medizinisch ausreichend, und welche zukünftige Entwicklung zeichnet sich hier ab?

47. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Warum wird immer noch in einem von der Bundesregierung herausgegebenen Faltblatt für Schulen und Kindergärten verschwiegen, daß das Pflanzenschutzmittel „Blattanex“ auch ein für Menschen hochgiftiges Mittel ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

48. Abgeordnete **Frau Dr. Balser** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es als ausreichende Sicherung für Kinder im Straßenverkehr angesehen werden kann, wenn „Kinderfahrräder“ – entsprechend § 16 Abs. 2 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung – keine Beleuchtung brauchen?

49. Abgeordnete **Frau Dr. Balser** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit zu überprüfen, ob ein psychologisch besser motiviertes und vorsichtigeres Autofahrerverhalten erreicht werden könnte, wenn – im Gegensatz zu den in der Bundesrepublik Deutschland gebräuchlichen Verkehrswarnschildern – die Schilder Kinder im Laufen zeigen, so wie das in einigen anderen Ländern der Fall ist?

50. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorwurf verschiedener Umweltschutzverbände, daß ihr Beschluß, mehrere tausend Autobahnkilometer zu streichen, „reine Augenwischerei“ sei insofern, als es sich hierbei einerseits lediglich um eine Streichung von Bauten der Dringlichkeitsstufe II („möglicher weiterer Bedarf“) gehandelt habe und andererseits nur eine „Umetikettierung“ stattgefunden habe in der Form, daß die ehemals geplanten Autobahnen jetzt bei gleicher Trassenführung als vierspurige Bundesstraßen (B. . . neu) deklariert würden, so daß die Folgen für die Umwelt (Vergeudung von Boden, Zerschneidung der Landschaft, Abgase, Lärm) nahezu die gleichen blieben?

51. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Sorge der Verbände, daß derartige „Manipulationen" geeignet sind, das Vertrauen des Bürgers in die staatliche Verkehrsplanung zu erschüttern?

52. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von der Industrie eine druckknopfgesteuerte Fußgängersignalanlage entwickelt worden ist, die durch den Einbau einer Induktionsschleife gleichzeitig zu einer Reduzierung überhöhter Geschwindigkeiten in Wohnraumsammelstraßen beiträgt, indem sie vor zu schnell fahrenden Autos auf Rotlicht umschaltet?

53. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung diese Anlage im Hinblick auf deren Verkehrssicherheit und Verkehrsfluß?

54. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in den zuständigen Gremien die Anregung der Gewerkschaft der Deutschen Bundesbahnbeamten und Anwärter, Bezirk Nürnberg, aufzugreifen, eine Umtauschaktion „Führerscheine gegen Seniorenpaß" mit finanziellen Vergünstigungen für Senioren durchzuführen?

55. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

Mit welchen Maßnahmen fördert die Bundesregierung die Erforschung und Erprobung technischer Entwicklungen im Seefunkdienst bei den Küstenfunkstellen, um durch geringeren manuellen Aufwand bei der Vermittlung die Gebühren für Seefunkgespräche senken zu können?

56. Abgeordneter **Grobecker** (SPD)

In welchem zeitlichen Rahmen ist auf Grund der Entwicklung elektronischer Kommunikationstechniken mit einer Senkung der Gebühren für Seefunkgespräche für die betroffenen Seeleute zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

57. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Wie begründet der Bundesforschungsminister seine These, daß in absehbarer Zeit acht Prozent des deutschen Stromverbrauchs durch Windkraftwerke sichergestellt werden könnten, und wieviel Windkraftwerke mit welchen Dimensionen sind nach dieser Überlegung erforderlich?

58. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Welche Standorte sind für diese Einrichtungen vorgesehen, und mit welchen Umwelteinflüssen bzw. Umweltgefahren, insbesondere durch Abbruch der ca. 100 Meter umfassenden Windflügel, muß bei Installation einer so großen Zahl von Windkraftwerken gerechnet werden?

59. Abgeordneter **Möhring** (SPD)

Liegen dem Bundesforschungsminister Erfahrungen zur Technologie der Tritiumverpressung vor?

60. Abgeordneter **Möhring** (SPD)

Ist eine solche Technologie in Woltersdorf, Landkreis Lüchow-Dannenberg, beabsichtigt?

61.	Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)	Welche Überlegungen hat die Bundesregierung angestellt und welche Maßnahmen eingeleitet, um durch Schaffung eines Nationalpreises die Gewinnung neuer Energie und die Erforschung neuer Energietechniken zu fördern?
62.	Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung Forschungsvorhaben bzw. Entwicklungen für eine verbesserte Regelungstechnik bei Hausheizungen unterstützt bzw. gefördert, und welche Erkenntnisse hat sie dabei gewonnen?
63.	Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für Energieeinsparmaßnahmen durch die Zwischenschaltung von Speichervorrichtungen bei Hausheizungen bzw. der Warmwasserbereitung, und welche Erkenntnisse wurden gewonnen, soweit diesbezüglich Forschungen gefördert worden sind?
64.	Abgeordneter **Stockleben** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Nutzung der Erdwärme in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Verfahren zur Gewinnung erscheinen ihr am aussichtsreichsten?
65.	Abgeordneter **Stockleben** (SPD)	In welchem Umfang werden von der Bundesregierung Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Nutzung der Erdwärme gefördert, und sind hierbei auch Umwelt- und Sicherheitsprobleme berücksichtigt, die bei der Nutzung der Erdwärme auftreten können?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

66.	Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, sich die Resolution Nr. 89 der Nordatlantischen Versammlung (Ottawa 22. bis 27. Oktober 1979) zu eigen zu machen und mit anderen Mitgliedern der Nato zu fordern, daß vor Beginn des KSZE-Nachfolgetreffens in Madrid im Herbst 1980 alle diejenigen aus den Gefängnissen entlassen werden müssen, die wegen ihres Eintretens für die Gewährung der Menschenrechte entsprechend der KSZE-Schlußakte inzwischen verfolgt und verurteilt worden sind?
67.	Abgeordneter **Walther** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau in der Zeit vom 21. bis 27. Dezember 1979 geschlossen war und deshalb z. B. Einreisevisen für die Bundesrepublik Deutschland nicht erteilt werden konnten, wodurch zumindest in einem Fall der Betreffende auf rund eine Woche der ihm von den russischen Behörden zugebilligten besuchsweisen Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland verzichten und sich auf eigene Kosten während dieser Zeit in Moskau unterbringen lassen mußte?
68.	Abgeordneter **Walther** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt, und wird sie dafür sorgen, daß sich ähnliche Fälle zukünftig nicht wiederholen?
69.	Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)	Gibt es Formulierungen in Abkommen oder Verträgen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten, die hinsichtlich der Einbeziehung West-Berlins mit der übereinstimmen, die die Sozialistische Republik Vietnam in ihrem Gegenentwurf zu einem Rahmenabkommen über technische Zusammenarbeit am 17. Juli 1978 der Bundesregierung vorgeschlagen hat?

70. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Warum ist die von der Sozialistischen Republik Vietnam in ihrem Gegenentwurf zu einem Rahmenabkommen über technische Zusammenarbeit am 17. Juli 1978 vorgeschlagene Berlin-Klausel für die Bundesrepublik Deutschland nicht befriedigend, wie die Staatsministerin im Auswärtigen Amt in ihrer Antwort auf meine parlamentarische Anfrage am 27. September 1979 (Stenographischer Bericht über die 175. Sitzung, Seite 13 828 A) ausgeführt hat?

71. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an den von ihr in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (Drucksache 7/5455) formulierten Interessen der Bundesrepublik Deutschland auf der III. VN-Seerechtskonferenz weiterhin fest, und welches sind dabei ihre Prioritäten?

72. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Beurteilt die Bundesregierung die auf der III. VN-Seerechtskonferenz gegenwärtig vorliegenden Konventionsentwurf als mit den von der Bundesregierung aufgestellten Forderungen und den vom Deutschen Bundestag definierten Grundsätzen (Drucksache 8/661) vereinbar, und wäre sie gegebenenfalls bereit, einer Konvention ihre Zustimmung zu verweigern und sie nicht zu unterzeichnen, wenn sie mit den von ihr aufgestellten Forderungen und den vom Deutschen Bundestag definierten Grundsätzen nicht vereinbar ist?

73. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung es hingenommen, daß der gegenwärtige Konventionsentwurf, der nicht im Weg von Verhandlungen und gegen den Einspruch vieler Staaten zum Verhandlungsgegenstand manipuliert wurde, als Einziger auf den letzten Sessionen zur Diskussion stand?

74. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die faktische politische Entwicklung, daß durch Einführung von Wirtschaftszonen, Ausdehnung des Festlandsockels und Erweiterung des Küstenmeers weite Bereiche des Meers, die zusammen einem größeren Teil der Erdoberfläche als alle Kontinente zusammen entspricht, noch vor Abschluß der III. VN-Seerechtskonferenz „nationalisiert" wurden?

75. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zusätzlich zu den bisher von ihr formulierten Interessen auch die Forderung nach einer nicht-konfliktträchtigen Regelung des Meerengenregimes auch für die Ostseezugänge, bzw. einer ausreichenden Klärung des Rechtsstatus der ausschließlichen Wirtschaftszone nachdrücklich zu erheben?

76. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Warum ist die Bundesrepublik Deutschland nicht Mitglied in der auf der 8. Sitzungsperiode der III. VN-Seerechtskonferenz gebildeten Arbeitsgruppe „Festlandsockelfragen" geworden?

77. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Welches sind die Gründe, daß die Bundesregierung die Gelegenheit, Änderungsvorschläge im Plenum des 2. Konferenzausschußes während der 8. Sitzungsperiode der III. VN-Seerechtskonferenz einzubringen, nicht genutzt hat?

78. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung zwingende Gründe und ein deutsches Interesse für ein baldiges Ende der III. VN-Seerechtskonferenz, und welche Form des Abschlusses hält sie für möglich?
79. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)	Welcher Zeitraum wird nach Vorstellung der Bundesregierung zwischen einer eventuellen Unterzeichnung und dem Inkrafttreten einer Konvention vergehen?
80. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)	Welche konkreten Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung bislang aus den Ergebnissen der öffentlichen Anhörung des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft vom Dezember 1977 gezogen?
81. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)	In welcher Weise haben sich auf Grund dieser öffentlichen Anhörung die Verhandlungsziele der Bundesregierung auf dem Gebiet des Tiefseebergbaus geändert und in welcher Weise?
82. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)	Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung gezogen bzw. gedenkt sie zu ziehen aus den seit Beginn der III. VN-Seerechtskonferenz bekannt gewordenen großen Kohlenwasserstoffvorkommen und der weiteren Entwicklung deren Fördertechnik?
83. Abgeordneter **Amrehm** (CDU/CSU)	Gilt für die Bundesregierung die Zusicherung des Bundeswirtschaftsministers vor dem Deutschen Bundestag (Stenographischer Bericht über die 117. Sitzung, Seite 9 094) noch unverändert und uneingeschränkt, „daß sie nur einem solchen internationalen Meeresbodenregime zustimmen wird, das auch ein Zugangsrecht der Staaten und ihrer Unternehmen zu den Ressourcen des Meeresbodens neben dem einer internationalen Meeresbodenbehörde hinreichend garantiert“, und entspricht der vorliegende Konventionsentwurf diesem Erfordernis?
84. Abgeordneter **Wissmann** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung die Errichtung einer internationalen Meeresbodenbehörde mit starken Eingriffsbefugnissen in das Marktsystem mit den tragenden Grundsätzen der Marktwirtschaft und einer liberalen Weltwirtschaftsordnung für vereinbar?
85. Abgeordneter **Wissmann** (CDU/CSU)	Hat es die Bundesregierung unterlassen in einer der Bedeutung dieser Grundsätze des Zusammenlebens der Völker gerecht werdenden Entschiedenheit gegen die Errichtung dieses Regimes politischen Widerstand zu leisten, und bejahendenfalls warum?
86. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, den zuständigen Ausschuß vertraulich über das Protokoll der Beratungen zwischen Präsident Carter und Bundeskanzler Schmidt über das Thema der III. VN-Seerechtskonferenz zu unterrichten?
87. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung die im Konventionsentwurf vorgesehene Regelung, daß Vergabe und Inhalt von Bergbauverträgen im wesentlichen im Ermessen der Internationalen Meeresbodenbehörde liegen, mit Nummer 1 der gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages zur III. VN-Seerechtskonferenz von 1977 für vereinbar?

88. Abgeordneter **Amrehm** (CDU/CSU)

Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Regelung des Konventionsentwurfs, durch die zur Aufrechterhaltung eines künstlichen Preisniveaus die Produktionsmenge durch behördliche Eingriffe beschränkt werden kann, mit unseren Prinzipien von einer liberalen Weltwirtschaftsordnung vereinbar?

89. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Landproduzenten mineralischer Rohstoffe (darunter Industriestaaten) nach dem vorliegenden Konventionsentwurf gegenüber den Tiefseebergbau betreibenden Staaten durch dirigistische und restriktive Rohstoffkontrollbefugnisse der Internationalen Meeresbodenbehörde begünstigt werden sollen?

90. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Regelung des Konventionsentwurfs, daß Daten- und Technologietransfer an die Internationale Meeresbodenbehörde und an Entwicklungsländer Bedingung für den Abschluß von Bergbauverträgen und die Vergabe von Bergbauberechtigungen ist?

91. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Entscheidungsverfahren der Organe der Internationalen Meeresbodenbehörde nach dem Konventionsentwurf bisher noch keinen Minderheitenschutz vorsehen, und welche Meinung vertritt die Bundesregierung hierzu?

92. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für ausreichend, daß nach dem vorliegenden Konventionsentwurf Entscheidungen der Internationalen Meeresbodenbehörde nur in zwei Ausnahmefällen (bei Zuständigkeitsüberschreitung und Machtmißbrauch der Behörde) gerichtlich überprüfbar sind?

93. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Würde sich die Bundesregierung angesichts der Regelungen im vorliegenden Konventionsentwurf um einen Sitz im Rat der Internationalen Meeresbodenbehörde bewerben, und welche Aussichten für eine Wahl hat die Bundesrepublik Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung, in den Rat gewählt zu werden?

94. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Welchen Inhalt gibt die Bundesregierung der Formel vom „Gemeinsamen Erbe der Menschheit“, und wie beurteilt sie den Umstand, daß diese zunehmend als eine Rechtsforderung für eine entschädigungslose Vergesellschaftung der durch Nationalisierung weiter Teile noch verbleibenden Meeresressourcen benutzt wird?

95. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung einiger Entwicklungsländer, daß eine nationale Gesetzgebung zur Regelung des Tiefseebergbaus völkerrechtswidrig sei?

96. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Unterstützt die Bundesregierung angesichts der anstehenden Konventionsentscheidungen zum Tiefseebergbau und zur Erschließung neuer Rohstoffquellen die Verabschiedung eines Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus?

97. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Möglichkeiten einer bilateralen bzw. multilateralen Zusammenarbeit zur Erschließung von Manganknollen [z. B. in den 200 Seemeilenzonen im Indischen Ozean (Réunion) oder Ostpazifik (Clipperton)] geprüft, und wenn ja,

mit welchem Ergebnis, und würde sie die Beteiligung von Entwicklungsländern für wünschenswert halten?

98. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sie trotz Einführung von Fischerei- und Wirtschaftszonen und des damit mitbegründeten Rückgangs des deutschen Fischereiertrags die Eiweißversorgung der Bundesrepublik Deutschland aus dem Meer, die Weiterentwicklung von Know-how und Technologie sowie die notwendigen Ausbildungsmöglichkeiten krisensicher und zu tragbaren Preisen sichern kann?

99. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Wie haben sich die Arbeitsplätze in der deutschen Seeschiffahrt und Fischereiwirtschaft seit 1970 entwickelt, und welchen Einfluß hat die III. VN-Seerechtskonferenz auf diese Entwicklung gehabt?

100. Abgeordneter **Strassmeir** (CDU/CSU)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung auf der III. VN-Seerechtskonferenz zu Fischereifragen – besonders auch angesichts der bisherigen Nichtrealisierung eines Fischereiregimes der Europäischen Gemeinschaft – ein?

101. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung es bisher unterlassen, darauf hinzuwirken, daß in den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaft mit Spanien und Portugal die Probleme der III. VN-Seerechtskonferenz zum Verhandlungsgegenstand gemacht wurden?

102. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag der Staaten der Europäischen Gemeinschaft, einen Beitritt der EG zur Konvention zu ermöglichen, und würde sie eine Konvention, die der Europäischen Gemeinschaft den Beitritt zur Konvention nicht ermöglicht, ablehnen?

103. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die im Konventionsentwurf enthaltene Regelung zum Meeresumweltschutz für andere politische Ziele mißbraucht werden kann?

104. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine ungestörte Betätigung deutscher wissenschaftlicher Meeresforschung innerhalb der 200 Seemeilenzonen auf Grund des vorliegenden Konventionsentwurfs für hinreichend gesichert?

105. Abgeordneter **Marx** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die im Konventionsentwurf vorgesehene Hoheitsregelung für Archipelgewässer z. B. angesichts der griechisch/türkischen Auseinandersetzungen über den Luft- und Seeraum der Ägäis für ausreichend?

106. Abgeordneter **Marx** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Vorteile bzw. Nachteile aufzulisten, welche den Entwicklungsländern – aufgeteilt nach Küstenländern und Staaten ohne Küsten – aus dem vorliegenden Konventionsentwurf erwachsen würden?

107. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Worin erblickt die Bundesregierung nach dem derzeitigen Verhandlungsstand die Vorteile, die den einzelnen Mitgliedern der Gruppe der 77 zugeflossen sind?

108. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Muß aus der Tatsache, daß der Bundeskanzler seine vorbereitete Neujahrsansprache nach der Invasion der Sowjets in Afghanistan in einer wesentlichen Passage hat abändern müssen, nicht der Schluß gezogen werden, daß die Bundesregierung die politischen Absichten der Sowjetunion völlig falsch eingeschätzt hat?

109. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Haben für die Bundesregierung Forderungen, wie sie u. a. auch im Godesberger Programm stehen, nach der „Wiedervereinigung Deutschlands", einem „unentbehrlichen Volksgruppenrecht" und dem „Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur" noch eine konstant ihre Politik bestimmende Bedeutung, oder versucht sie, sie sogar gegenüber der Volksrepublik Polen geltend zu machen?

110. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung im Sinn der Konventionen vom 9. Dezember 1948 und 7. August 1966 sowie der Schutzpflicht für deutsche Staatsangehörige von Verfassung wegen ergriffen oder wird sie ergreifen, um die gewaltsame Überführung deutscher Kinder in die polnische Nationalität in den Gebieten östlich von Oder und Neiße zu verhindern, nachdem seit 1951 zehntausende Kinder von deutschen Umsiedlern in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen sind, die in der Schule und Öffentlichkeit systematisch zwangsweise polonisiert wurden und die Unterbindung des muttersprachlichen Unterrichts nach Auskunft der Regierung in diesen Heimatgebieten nicht beendet ist?

111. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Trifft es zu, daß der US-Diplomat George E. O'Keefe, der sich zur Zeit als Geisel in der Botschaft der Vereinigten Staaten in Teheran befindet und beschuldigt wird, CIA-Agent zu sein, Paß und Führerschein der Bundesrepublik Deutschland auf den Namen Josef Markus Schneider besitzt, die ihm – wie das Magazin „Stern" (Nr. 4/80) berichtet – jeweils vom Hamburger und niedersächischen Verfassungsschutz ausgestellt wurden, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Tatbestand?

112. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Treffen die Angaben eines ehemaligen argentinischen politischen Gefangenen zu, der – wie in der „Frankfurter Rundschau" vom 4. Dezember 1979 zitiert – bei einer öffentlichen Veranstaltung in Essen darlegte, er habe als Inhaftierter im Oktober 1978 ein Visum für die Bundesrepublik Deutschland beantragt, welches ihm erst Ende April 1979 gewährt worden sei, und wie vereinbart die Bundesregierung diese Angaben – auch angesichts der geringen Zahl von Argentiniern, die inzwischen bei uns eingetroffen sind – mit ihrer wiederholten Versicherung, das schleppende Verfahren bei der Aufnahme politisch Verfolgter aus Argentinien beschleunigt zu haben?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung den Bezug der „Informationen der Bundesregierung für Arbeitnehmer – aus Bonn" davon abhängig gemacht, daß neben Name und Anschrift auch zahlreiche weitere personenbezogene Daten für die Aufnahme in die EDV-Kartei mitgeteilt werden, wie Tätigkeit als Betriebsrat, Personalrat, Mandatsträger einer Partei, Journalist, Lehrer, hauptberuflicher Mitarbeiter in einer Gewerkschaft, Partei oder Verband, und werden entsprechende Angaben auch bei dem Vertrieb anderen Informationsmaterials des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung gefordert?

2. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Wie lauten die Textstellen, die der Bundeskanzler in seiner Neujahrsansprache kurzfristig gestrichen, bzw. neueingefügt hat, und welche Kosten sind durch die Maßnahmen zur Neuaufnahme durch das Fernsehen entstanden?

3. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Räumt die Bundesregierung ein, daß die kurzfristige Notwendigkeit einer Änderung als Beweis für eine vorausgegangene politische Fehleinschätzung gewertet werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten der Familienzusammenführung von Flüchtlingen aus Vietnam besteht, wenn ein Teil der Familie in Frankreich und ein Teil in Deutschland aufgenommen worden ist?

5. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Strebt die Bundesregierung für den Fall, daß bisher keine Vereinbarungen bestehen, entsprechende Regelungen an?

6. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung in Zusammenhang mit dem Einmarsch sowj. Truppen nach Afghanistan gegenüber dem gefährdeten Nachbarland Pakistan über die bereits zugesagten Mittel hinaus an Hilfe, Unterstützung und Vorsorge zu tun?

7. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, daß im deutschsprachigen Ausland, wie z. B. Österreich, immer häufiger von der „BRD" anstelle der offiziellen Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland" die Rede ist?

8. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wird die in deutscher, französischer und englischer Sprache geplante europäische Kulturzeitschrift, die mit erheblichen staatlichen Mitteln gefördert werden soll, um das Deutschlandbild im Ausland zu fördern, jeweils ein Bild des gesamten Deutschlands im Sinne der Präambel des Grundgesetzes und den Entscheidungen des Bundesverfassungs-

gerichts bezüglich des Fortbestands Deutschlands sowie im Sinne des Deutschlandvertrags und der Staatenpraxis der Verbündeten widerspiegeln, oder wird sie nur ein Bild des kulturellen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland zeigen?

9. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Welche Unterschiede bestehen zwischen der Studie der Kommission der Europäischen Gemeinschaft über die europäische Rüstungsindustrie und dem am 31. Mai 1976 an den Ständigen Rüstungsausschuß der Westeuropäischen Union erteilten Auftrag, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Doppelarbeit zu verhindern?

10. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, den Rat der Westeuropäischen Union um eine Studie über die Waffenexportpolitik der Mitgliedsländer zu ersuchen, die dazu beitragen könnte, für die europäische Politik eine Verminderung des Wettrüstens, insbesondere in Spannungsgebieten, herbeizuführen?

11. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Erfüllt der Einfall der Sowjetunion nach Afghanistan nach Ansicht der Bundesregierung den völkerrechtlichen Tatbestand der Aggression?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Auf welche umweltverschmutzende Ursache war ein drei Kilometer langer und fünf Meter breiter Ölteppich auf der Jeetzel zurückzuführen, der am 19. Dezember das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erreichte, und in welcher Weise hat die Bundesregierung die zuständigen Organe der DDR auf diesen Tatbestand aufmerksam gemacht?

13. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um in der DDR verursachte Umweltverschmutzungen auf bundesdeutschen Flüssen und Gewässern in Zukunft zu verhindern?

14. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu veranlassen, um den Helfern, die im erweiterten Katastrophenschutz mitwirken und freiwillig und ehrenamtlich ihren verantwortungsvollen Dienst zur allgemeinen Sicherheit der Bürger verrrichten und das Fundament des erweiterten Katastrophenschutzes sind, so auszustatten, daß sie ihre Aufgaben effizient erfüllen können?

15. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, die zum Teil seit längerem diskutierte Verwaltungsvereinfachung für den Bereich des erweiterten Katastrophenschutzes – in bezug auf die beiden Verwaltungsvorschriften über die sogenannten Jahresbeträge und die Unterbringung – unverzüglich so durchzuführen, daß die Beträge für die Hilfsorganisationen pauschaliert, der Verwendungsnachweis vereinfacht und die Eigenverantwortung der unteren Verwaltungsstufen gestärkt wird?

16. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk als Hilfsorganisation des Bundes besonders für den Bergungs- und Instandsetzungsdienst im Bundesland Rheinland-Pfalz in sechs Landkreisen nicht mit Ortsverbänden vertreten ist, weil die Begrenzung der Helferzahlen einen flächendeckenden Ausbau dieser Organisation nicht zuläßt?

17. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Sieht die Bundesregierung Veranlassung, die allgemeine Situation des erweiterten Katastrophenschutzes auch dadurch zu verbessern, daß sie sich mit den Ländern über den Aufbau der friedensmäßigen Vorsorgemaßnahmen insoweit abstimmt, als etwa in einigen Teilen von Rheinland-Pfalz der erweiterte Katastrophenschutz nicht ausgerüstet werden kann, weil die sogenannte Ergänzungsschwelle – also der erforderliche Aufbaustand des friedensmäßigen Katastrophenschutzes – derzeit nicht erreicht wird?

18. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Vereinbarungen haben die für Umweltfragen zuständigen Minister der EG-Staaten bei ihren Beratungen in Brüssel im Dezember 1979 beschlossen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Vereinbarungen?

19. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wurde bei diesen Beratungen auch die Problematik der Ratifizierung des Chlorid-Überinkommens der Rheinanliegerstaaten vom Dezember 1976 diskutiert, und wenn ja, welches Ergebnis wurde dabei erzielt?

20. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das, wie die Presse berichtete, einzige bisher funktionierende natürliche Abwasserentsorgungskonzept von Professor Dr. Reinhold Kickuth von der Gesamthochschule Kassel bekannt, das in der Gemeinde Othfresen als Modell mit gutem Erfolg betrieben wird und das den bekannten konventionellen Abwasserreinigungsanlagen wirtschaftlich überlegen sein soll, und wenn ja, wie beurteilt sie dieses Konzept?

21. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

In wieviel Fällen ist im Jahr 1979 das Recht auf Auskunft über gespeicherte personenbezogene Daten nach § 13 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) im Bereich der Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen des Bundes in Anspruch genommen worden, wie oft bezog sich das Ersuchen auf die in § 12 BDSG geregelten Veröffentlichungen der Behörden und öffentlichen Stellen, und in wieviel Fällen mußte die Auskunftserteilung wegen besonderer in § 13 BDSG genannten Gründe unterbleiben?

22. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es aus Gründen des Datenschutzes erforderlich ist, die Sammlung personenbezogener Daten durch Behörden auf ein Minimum zu beschränken, und wenn ja, weshalb hat sich die Bundesregierung bei der Frage 21 genannten Aktion nicht an diese Grundsätze gehalten?

23. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat der Bundesinnenminister ergriffen, um in der Bundesrepublik Deutschland die Einhaltung der Artikel 31 und 32 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 18. Juli 1951 samt dem Protokoll vom 31. Januar 1967, die innerstaatliches Recht geworden sind, zu gewährleisten?

24. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Warum hält die Bundesregierung es nicht für richtig, die Verordnung über Sonderurlaub für Bundesbeamte und Richter im Bundesdienst auch für Informationsfahrten zum Europäischen Parlament gelten zu lassen?

25. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Verlauf des deutsch-französischen Gipfeltreffens am 4. und 5. Februar 1980 die Befürchtungen deutscher Bürger eindringlich darzustellen, die sich aus den zu erwartenden grenzüberschreitenden Umweltgefahren durch das Kernkraftwerk Cattenom und das im Bau befindliche Blei-Akkuwerk bei Saargemünd ergeben können?

26. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch das Pariser Atomhaftungsabkommen der Rechtsschutz deutscher Bürger bei Schäden durch Kernkraftwerksunfälle geringer ist, als der Rechtsschutz bei allgemeinen grenzüberschreitenden Umweltschäden?

27. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über gesundheitliche Schadenswirkungen durch die Verwendung des quecksilberhaltigen Amalgam in der Zahnheilkunde vor, und kann einwandfrei ausgeschlossen werden, daß Herzrhythmusstörungen, Nierenschäden, Erkrankungen von Atmung und Verdauung, Drüsen-, Nerven- und Schlafstörungen nicht auch auf die Amalgamverwendung in der Zahnheilkunde zurückzuführen sind?

28. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Denkt die Bundesregierung daran, dem Bundesdisziplinaranwalt eine Weisung zu erteilen, Disziplinarverfahren gegen extremistisch tätige Bahn- und Postbeamte einzustellen oder auf solche Verfahren nicht zu dringen, und ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß der Bundesdisziplinaranwalt die Rechtmäßigkeit einer solchen Weisung verwaltungsgerichtlich mit Aussicht auf Erfolg anfechten könnte, da das Bundesverfassungsgericht, das Bundesverwaltungsgericht und die Mehrzahl der Oberverwaltungsgerichte die Aktivität eines Beamten für eine verfassungsfeindliche Partei als Dienstvergehen bezeichnet haben?

29. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Geht die Bundesregierung ganz oder teilweise davon aus, daß für Disziplinarmaßnahmen „auf Grund politischer Betätigung" nur „innerdienstliches Verhalten" in Betracht kommen könne, so daß alle Aktivitäten auch für eine verfassungsfeindliche Partei, ob nun Kreisvorsitz oder Bundestagskandidatur, frei sind, wenn nur nicht die 40 Stunden Dienstzeit dafür in Anspruch genommen werden, und inwiefern ist dies gegebenenfalls mit dem Beamtenrechtsrahmengesetz vereinbar, das ein aktives Eintreten für die freiheitliche, demokratische Grundordnung innerhalb und außerhalb des Dienstes verlangt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

30. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die europäische Menschenrechtskonvention Bestandteil des deutschen Rechts ist?

31. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das Urteil des europäischen Gerichtshofs, nach dem Honorare für Dolmetscher in einem Strafprozeß nicht zu den Verfahrenskosten zu rechnen seien, die ein Verurteilter zu ersetzen habe, die bisherige Übung deutscher Gerichte in Widerspruch stellt

zu Artikel 6 Abs. 3 der europäischen Menschenrechtskonvention, und sieht sie sich veranlaßt, entsprechende gesetzliche Konsequenzen zu ziehen?

32. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Was ist der wesentliche Inhalt der Stellunganhme des Oberbundesanwalts im Revisionsverfahren gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt betreffend die Freistellung eines Angestellten der Scientology Church vom Wehrdienst?

33. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wenn die Stellungnahme noch nicht abgegeben ist, wie wird sie den Standpunkt bekräftigen, daß die Scientology Church keine den Schutz des Artikels 140 des Grundgesetzes genießende Weltanschauungsgemeinschaft ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

34. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wann ist mit dem Baubeginn für den Neubau der Grenzabfertigungsanlage (Zollamt Bunderneuland, Landkreis Leer), also mit dem Beginn der Erdarbeiten, zu rechnen?

35. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Welche besonderen steuerrechtlichen oder andere Regelungen gibt es für ältere Menschen (60 Jahre und älter)?

36. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Welche Veränderungen im Steuerrecht hat es seit 1969 gegeben, um es „altenfreundlicher" zu gestalten?

37. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, weitere Regelungen zu treffen, die es älteren Menschen durch gesetzgeberische Maßnahmen erleichtert, ein finanziell unbeschwertes Leben im Alter zu führen?

38. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat das Bundesvermögensamt in Aachen bisher unternommen, um die belgische Schule in Euskirchen von den belgischen Streitkräften zwecks Aufnahme deutscher Schulklassen in diesem Schulgebäude freizubekommen?

39. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf diplomatischem Weg oder durch Gespräche mit den zuständigen Dienststellen der belgischen Streitkräfte unmittelbar und unbürokratisch eine Freigabe dieser belgischen Schule in Euskrichen zu erreichen?

40. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in München und Umgebung Grundbesitz des Bundes auch dann zu veräußern, wenn eine endgültige Festlegung einer späteren Verwendung als Bauland oder Gewerbegebiet noch nicht feststeht, und welches sind verneinendenfalls die Gründe, warum dies nicht geschieht?

41. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welche steuerlichen Sonderregelungen bestehen derzeit für ältere und behinderte Mitbürger, und welche spezielle Steuererleichterungen für ältere und behinderte Mitbürger plant die Bundesregierung in der nahen Zukunft?

42. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Bestehen bei der Bundesregierung Überlegungen, die bisherige Steuerbefreiung für Flugbenzin, das in der Motorsportfliegerei verwendet wird, ersatzlos zu streichen, und hält die Bundesregierung es nicht schon aus Gründen der Gleichbehandlung für notwendig, die Steuerbefreiung für beim Flugsport verwendetes Benzin umgehend abzuschaffen, nachdem eine solche Steuerbefreiung im Wassersport bereits mit Wirkung ab 1. Oktober 1979 beseitigt wurde?

43. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Zweitwohnungsteuer in der Bundesrepublik Deutschland zu einer steuerlichen Ungleichbehandlung von Zweitwohnungseigentümern geführt hat, weil diese Steuer nur von verhältnismäßig wenigen Gemeinden erhoben wird, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Steuer unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung der Zweitwohnungseigentümer im gesamten Bundesgebiet?

44. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

An welchen Stiftungen ist die Bundesregierung kapitalmäßig beteiligt?

45. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Aufgaben haben diese Stiftungen als Ziel?

46. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Zuwendungen erhielten diese Stiftungen im Haushaltsjahr 1979, und welche sollen sie 1980 erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

47. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, nach denen andere industrialisierte Länder wie die USA, Spanien, Frankreich, Kanada, Israel und Japan sich durch Koppelgeschäfte ihren Anteil am Erdölexport von Mexiko gesichert haben, während die Bundesrepublik Deutschland weder bislang berücksichtigt worden ist, noch Aussichten hat, vor 1983 berücksichtigt zu werden?

48. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung diesbezüglich der Ansicht, daß sie den Anstrengungen der anderen Länder vergleichbare Schritte unternommen hat, um unsere Versorgung mit Erdöl sicherzustellen, und was gedenkt sie bezüglich mexikanischer Erdöllieferungen zukünftig zu unternehmen?

49. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, das Dritte Verstromungsgesetz so zu verändern, daß der Kohlepfennig nicht länger als Bestandteil des Entgelts im Sinne des Umsatzsteuergesetzes gilt, und wenn nicht, welche Gründe sprechen gegen eine solche Regelung?

50. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im Rahmen der Hilfsaktion des Weltwirtschaftsfonds an die Türkei 380 Millionen DM zum Ausbau der deutsch-türkischen Tourismusbeziehungen gezahlt worden sind?

51. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung angeben, wie hoch die finanziellen Leistungen des Bundes zur Förderung des inländischen Tourismus sind?

52. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Lieferanten die Preise für schweres Heizöl S schon Anfang Januar um 11 bis 13 v. H. erhöht haben, obwohl die höheren Forderungen der Rohölproduzenten vom Dezember 1979 bis zu diesem Zeitpunkt den Handel noch nicht betroffen haben konnten, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die sich aus solchen Praktiken ergebenden unnötigen Belastungen der Wirtschaft zu verhindern?

53. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den Autobahnzubringer Baden-Baden (B 500) stärker für den innerstädtischen Verkehr zu öffnen, um so die dringend notwendige Entlastung der Weststadt zu ermöglichen?

54. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach den Förderungsrichtlinien für die Beratung von kleinen und mittleren Firmen das anerkennungsfähige Beraterhonorar von 620 DM in der Regel die Wirkung eines Höchstpreises hat und die echten Beraterkosten bei weitem nicht abdeckt?

55. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorwurf, daß Zuwendungsstellen, die entweder eigene Beratungsleistungen anbieten oder über angeschlossene eigene Beratungseinrichtungen verfügen, als Mitbewerber und gleichzeitig als durch die Richtlinien des Bundeswirtschaftsministeriums vorgesehene Kontrolleure der selbständigen und freiberuflichen Unternehmensberater auftreten und zudem diesen gegenüber ein dumpingähnliches Preisverhalten entwickeln, wozu sie auf Grund von Organisationskostenzuschüssen der öffentlichen Hand in der Lage sind?

56. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag aus Kreisen der Unternehmensberater, die bisherige direkte Subvention auf indirekte Subvention umzustellen, d. h. einen Zuschuß in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes vom Beratungshonorar zu gewähren, z. B. gestaffelt nach Unternehmensgrößen, und die Mittelzuteilung schneller und früher als bisher durchzuführen?

57. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung die Einrichtung einer Kammer für die Berufsgruppe der Unternehmensberater, oder plant sie ein Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

58. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Was ist der Bundesregierung über den gegenwärtigen Stand der Aujeszykschen Schweineseuche und ihrer Bekämpfung bekannt?

59. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Geht aus dem Agrarbericht der Bundesregierung hervor, daß das Einkommen eines Bauern im Durchschnitt um mehr als 1/3 niedriger ist als das anderer Berufe, und das bei einer Arbeitszeit von über 60 Stunden pro Woche, wie die Zeitung des Bayerischen Bauernverbands „Bayerns Bauern informieren" meldet?

60. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, das Gasölverwendungsgesetz im Hinblick auf das bisher umständliche Verfahren der Dieselölbeihilfe für die Landwirtschaft in dieser Legislaturperiode noch zu ändern?

61. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Trifft es zu, daß trotz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens immer noch vom Aussterben bedrohte Tiere importiert und von Tierhändlern verkauft werden?

62. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, eventuell vorhandene Gesetzeslücken zu schließen, damit vom Aussterben bedrohte Tiere nicht weiter verringert werden?

63. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach wie vor Industrieunternehmen – trotz gegenteiliger schriftlicher Versicherungen auch der chemischen Industrie –, wissenschaftliche Institute (z. B. die Max-Planck-Gesellschaft) und Universitäten Haushunde und Hauskatzen von Versuchstierhändlern erwerben, bei denen nicht auszuschließen ist, daß es sich hier auch um gestohlene Tiere handelt, und ist die Bundesregierung nunmehr bereit, nachdem die Apelle außer Absichtserklärungen offensichtlich in der Praxis nichts Nennenswertes bewirkt haben, § 9 Abs. 3 des Tierschutzgesetzes zu novellieren?

64. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das im Parey-Verlag erschienene „Gutachten über tierschutzgerechte Haltung" von den Ländern als Grundlage bei den Beurteilungen über die tierschutzgerechte Haltung von Tieren herangezogen werden soll, wenn nein, beabsichtigt sie, ein Gegengutachten von Verhaltensforschern erstellen zu lassen, bzw. was hat sie unternommen, daß in den Ländern nicht der Eindruck entsteht, daß dieses Gutachten als Grundlage für eine zukünftige Rechtsverordnung anerkannt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

65. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des Bundessozialgerichts, wonach die Kosten für ältere Menschen, die länger im Krankenhaus bleiben müssen, weil sie nicht sofort einen Platz in einem Alters- oder Pflegeheim erhalten können, nicht von den Krankenkassen getragen werden brauchen?

66. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, denjenigen Versicherten, die 1956 wegen Überschreitens der Einkommensgrenze durch Abschluß einer befreienden Lebensversicherung aus der gesetzlichen Rentenversicherung ausgeschieden sind, die Wahrnehmung der sogenannten flexiblen Altersgrenze

mit vorzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben dadurch zu eröffnen, daß die Zeit der befreienden Lebensversicherung auf die 35 Jahresgrenze als Voraussetzung für das vorgerückte Rentenalter angerechnet wird?

67. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sogenannte Lernbehinderte, die ihre berufliche Ausbildung nur noch mit dem Werker abschließen können, zeitlebens diskriminiert sind, und ist sie bereit, Maßnahmen einzuleiten, die eine Durchlässigkeit vom Werker zum Handwerker nach etwa einjähriger „Gesellentätigkeit" ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

68. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Welche Sanitätszentren plant die Bundeswehr im nordbayerischen Raum bzw. im angrenzenden Gebiet Baden-Württembergs (Brigade 36) zu welchem Zeitpunkt, und welche Sanitätseinrichtungen bleiben erhalten?

69. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Sind diese Einrichtungen auch im Blick auf die Gesamtverteidigung ausreichend, und stehen sie auch für die Versorgung der Zivilbevölkerung zur Verfügung?

70. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche durchschnittliche Gesamtdienstzeit mußte ein Soldat 1978 und in diesem Jahr bei Heer, Luftwaffe und Marine ableisten, um zum Unteroffizier befördert zu werden?

71. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Hält der Bundesverteidigungsminister die Beförderung zum Unteroffizier nach durchschnittlich zwölf Monaten im Hinblick auf die immer komplizierter werdenden Aufgaben eines Unterführers für noch zeitgemäß?

72. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Wie lange wird es noch dauern, bis alle Soldaten der Bundeswehr nach dem vorgesehenen formellen Soll mit drei Kampfanzügen Moleskin ausgestattet sein werden, und damit auf den aus vielerlei Gründen für den täglichen Dienst unzweckmäßigen Kampfanzug Wolle verzichtet werden kann?

73. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie viele Wehrpflichtige haben sich nach Schätzungen der Bundesregierung in den Jahren 1977, 1978 und 1979 nach der Musterung dem Wehr- oder Ersatzdienst entzogen, indem sie sich in das Ausland abgesetzt haben (u. a. sich in immer größerer Zahl verschiedenen Sekten in Indien anschlossen), und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, hier Einhalt zu gebieten?

74. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die bei der Truppe vorhandenen Lastkraftwagenanhänger – z. B. 1,5 t – von den 5 und 10 t Lastkraftwagen der neuen Generation nicht in Betrieb genommen werden können, weil die Kupplungen und auch das Bremssystem nicht zueinander passen, und falls ja, worauf ist dieser Tatbestand zurückzuführen?

75. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Welchen Einfluß hat der geschilderte Sachverhalt auf die Einsatzbereitschaft der Truppe, und welche zusätzlichen Kosten entstehen, um Abhilfe zu schaffen?

76.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Handelt es sich bei den z. Z. durch Angehörige der Kreiswehrersatzämter Karlsruhe und Offenburg vorgenommenen Besichtigungen von Grundstücken – insbesondere Hotels und Gaststätten – zum Zweck der Bereitstellung von Räumlichkeiten im Spannungs- und Verteidigungsfall auf der Grundlage des Bundesleistungsgesetzes um eine regional begrenzte Sonderaktion oder um ein bundesweites Vorgehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

77.	Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Welche finanziellen Zuwendungen aus welchen Haushaltstiteln hat die Otto Benecke-Stiftung e. V. in den Jahren 1978, 1979 und welche soll sie 1980 erhalten?
78.	Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Welche Aufgaben von zentraler und überregionaler Bedeutung nimmt die Stiftung auf Grund welcher Rechtsgrundlage z. Z. wahr, und inwieweit ist konkret an eine Ausweitung ihrer Aufgaben gedacht?
79.	Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Welche Personen gehören den Gremien der Stiftung einschließlich der Geschäftsführung an?
80.	Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Welche personellen Verflechtungen bestehem mit den Gesellschaften, die im Auftrag der Stiftung deren Aufgaben konkret durchführen bzw. einen ähnlichen Tätigkeitsbereich haben?
81.	Abgeordneter **Heyenn** (SPD)	Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, Heizkostenzuschüsse auch denjenigen Mietern zu zahlen, deren Wohnungen durch Fernheizungen, die mit schwerem Heizöl betrieben werden, beheizt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

82.	Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)	Welche Pläne hat die Bundesregierung im einzelnen zum Ausbau der Wasserstraßen im westniedersächsischen Bereich (Regierungsbezirk Weser-Ems)?
83.	Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, grenzüberschreitende Radwanderwege, wie z. B. zwischen Bunde, Landkreis Leer, und Nieuwe-Schans, programmäßig oder modellartig zu fördern?
84.	Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung im Zusammenhang mit ihren Überlegungen zur Zusammenführung der Omnibusdienste von Bahn und Post bereits angeben, ob die Regionalgesellschaften die Qualität der Verkehrsbedienung ihrer Busdienste verbessert haben, und wenn ja, welchen Rang mißt sie diesem Faktor bei ihren Überlegungen bei?

85. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

In welcher Form, mit welchem genauen Inhalt und wem gegenüber hat die Deutsche Bundesbahn (DB) als Vertragspartner des Münchner Verkehrsverbunds (MVV) im Dezember 1979 angekündigt, im Fall der Nichtgenehmigung der Tariferhöhung des MVV seitens der Regierung von Oberbayern als Rechtsaufsichtsbehörde den MVV aufzukündigen und zu verlassen?

86. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Trifft es zu, daß diese Ankündigung auf Bestellung des Münchner Oberbürgermeisters und (oder) des Geschäftsführers des MVV von einem Referenten der DB-Hauptverwaltung namens Dr. Stertkamp ausging, ohne daß der Präsident der DB davon unterrichtet war?

87. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Trifft es zu, daß über die Frage der Gründung und der Auflösung eines Verkehrsverbunds von der Größe und Bedeutung des MVV, sowie über den Austritt der DB aus einem solchen Verkehrsverbund nicht die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, sondern die Bundesregierung zu entscheiden hätte?

88. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

War demzufolge der Bundesverkehrsminister von der Ankündigung der Deutschen Bundesbahn, den MVV zu verlassen, unterrichtet, hat er die Ankündigung und hätte er im Fall einer Nichtgenehmigung der Tariferhöhung in dem geplanten Umfang von bis zu 33 v. H. des bisherigen Tarifs den Austritt der Deutschen Bundesbahn aus dem MVV gebilligt oder selbst angeordnet?

89. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist der Bundesregierung das Ergebnis des Modellversuchs „Blaue Blinklichter“, der beim Einsatz von Notarztwagen vom Deutschen Roten Kreuz in Eßlingen durchgeführt wurde, bekannt, und wie beurteilt sie dieses Ergebnis gegebenenfalls?

90. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Wann wird es Flugzeugen der Lufthansa – nachdem nun eine zweite Linie auch von Frankfurt nach Leningrad führt – endlich möglich sein, so wie beim Abschluß des deutsch-sowjetischen Luftfahrtabkommens in Aussicht gestellt worden war, in Berlin (West) zwischenzulanden?

91. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Gibt es im Zuständigkeitsbereich des Bundes liegende Gesetzesgrundlagen für die Schaffung sogenannter verkehrsberuhigter Zonen z. B. in Wohngebieten, und wenn nein, gedenkt die Bundesregierung eine solche gesetzliche Grundlage zu schaffen?

92. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die sogenannte Aufliegeprämie für Kutter nur dem Kuttereigner, nicht aber der Besatzung zugutekommt, und sollte nicht besser eine Sozialbindung dieser Prämie herbeigeführt werden?

93. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Steht die Bundesregierung weiter zu der bisherigen Aussage, daß der Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals bis Mitte der 80er Jahre vollendet sein wird, oder muß mit einer Verzögerung gerechnet werden?

94. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entscheidung der Landesregierung von Baden-Württemberg zum Ausbau des Flughafens Stuttgart – Echterdingen hinsichtlich des Aspekts der Flugsicherheit?

95. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Vorgaben des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Baden-Württemberg, nach denen bei Fehlanflügen nicht über dichtbesiedeltes Gebiet ausgewichen werden darf und der Flughafen Stuttgart wie die anderen größeren Verkehrsflughäfen für den Allwetterflugbetrieb nach Betriebsstufe II geeignet sein soll, aus Gründen der Flugsicherheit für notwendig, und hält die Bundesregierung insbesondere unter Berücksichtigung dieser Vorgaben die Ausbauplanung für den Flughafen Stuttgart, die eine Verlegung der östlichen Landeschwelle um 1 380 Meter einschließt, weiterhin aus flugbetrieblichen Gründen gerechtfertigt bzw. für zwingend?

96. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sind dem Bundespostministerium Klagen über die vorgesehenen erheblichen Rationalisierungsmaßnahmen im Hauptkassendienst der Deutschen Bundespost bekannt, und wenn ja, was wird in diesem Zusammenhang getan, um Härten für die betroffenen Mitarbeiter zu vermeiden?

97. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost im süddeutschen Raum einen Versuch durchgeführt hat, bei dem sie Versandhauskataloge in den Postämtern gegen eine Gebühr an Postkunden verkaufte, und wenn ja, zu welchem Ergebnis sollte der Versuch führen, und beabsichtigt die Deutsche Bundespost gegebenenfalls, diesen Katalogverkauf als neuen „Postservice" bundesweit einzuführen?

98. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine solche Aktivität einen Mißbrauch des Postmonopols bedeuten und den ortsansässigen mittelständischen Einzelhandel in unzulässiger Weise diskriminieren würde?

99. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Welche Poststellen sind in den vergangenen zehn Jahren, von 1970 bis 1979, im Landkreis Cuxhaven aufgelöst worden, und nach welchen Prinzipien (Größenvorstellungen) wurde dabei vorgegangen?

100. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Plant die Deutsche Bundespost weitere Aufhebungen von Poststellen im ländlichen Raum, gegebenenfalls wieviel und welche davon im Landkreis Cuxhaven?

101. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung, das System des Fernkopierens dadurch jedermann zugänglich zu machen, daß sie in den Postämtern Fernkopierer aufstellt?

102. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben das Bundespostministerium veranlaßt, einen Antrag auf ein Sonderpostwertzeichen aus Anlaß des 200. Geburtstags des preußischen Generals von Clausewitz abzulehnen, der für die deutsche und europäische Militärgeschichte und darüber hinaus bis in die Gegenwart hinein für das Verständnis der Wehrpolitik, Strategie und Taktik eine überragende Rolle gespielt hat?

103. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen für den CB-Funk zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Funkverwaltungskonferenz in Genf, und ist die Bundesregierung jetzt bereit, die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag „Bessere Bedingungen für den CB-Funk" (Drucksache 8/2727) gemachten Vorschläge aufzugreifen?

104.	Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)	Ist es geplant, die Ausbildungsstelle beim Fernmeldeamt Osnabrück zu schließen bzw. an einen anderen Ort zu verlagern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

105.	Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	Wann ist mit dem Beginn von Verhandlungen mit der DDR über den Bau einer Straßenverbindung von der Autobahn Berlin/Hamburg in den Raum Lüchow-Dannenberg, die für 1980 in Aussicht gestellt wurde, zu rechnen, und mit welchen Vorstellungen geht die Bundesregierung in diese Verhandlungen?
106.	Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, wonach Verladearbeiter im Rostocker Hafen vor vier Wochen ein Schiff bestreikt haben, mit dem Bettwäsche für die Olympischen Spiele in die Sowjetunion verfrachtet werden sollte und daß einige der Arbeiter verhaftet worden sind (Berliner Morgenpost vom 17. Januar 1980), und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang?
107.	Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu (Tagesspiegel vom 17. Januar 1980), wonach der 33jährige Dresdner Mechaniker Bernd Sobe vom Staatssicherheitsdienst der DDR verhaftet worden ist, der auf schwere Menschenrechtsverletzungen in der DDR hingewiesen und einen Übersiedlungsantrag in die Bundesrepublik Deutschland gestellt hat, und was hat die Bundesregierung unternommen, um die Freilassung Sobe's und die Zustimmung zu seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland bei der DDR-Regierung zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

108.	Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	Treffen Meldungen zu, denenzufolge die Physikalisch-Technische Bundesanstalt bei ihren hydrologischen Bohrungen in Gorleben auf Rinnen gestoßen ist, die bis an den Salzstock heranreichen, und wenn ja, welche Schlußfolgerungen sind aus diesem Tatbestand zu ziehen?
109.	Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)	In welche Höhe wird die Bundesregierung die Kosten einer Referenzanlage einer Kabinenbahn in Berlin finanzieren, und bis zu welchem Zeitpunkt gilt eine bestehende Zusage dieser Finanzierung?
110.	Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)	An welche Bedingungen ist die Finanzierung gekoppelt, gilt diese auch für die Folgekosten und wird die Finanzierung auch übernommen, obwohl der Senat von Berlin bereits am 18. Dezember letzten Jahres die Durchführung dieses Projekts abgelehnt hat?

111.	Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)	Was hat die Bundesregierung unternommen, um den in der gemeinsamen Erklärung der Parteivorsitzenden zur Berlin-Politik vom 19. Juni 1978 beschlossenen Wagnisfinanzierungsfonds zu realisieren, und warum ist die Verhandlung zwischen dem Senat von Berlin und der Bundesregierung über Einrichtung einer Wagnisfinanzierungsgesellschaft in Berlin nach eineinhalb Jahren gescheitert?
112.	Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung der Gründung einer Berliner Wagnisfinanzierungsgesellschaft zustimmen?
113.	Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Welche Anlagen der Kohleveredelung werden an welchen Standorten im Rahmen des von der Bundesregierung vorgesehenen Programms mit welcher Kapazität errichtet werden?
114.	Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Welche Pilotanlagen (incl. Kapazität, Standort usw.) sind bereits in Betrieb oder noch vorgesehen und können in die Überlegungen einbezogen werden?
115.	Abgeordneter **Stockleben** (SPD)	Welche Chancen billigt die Bundesregierung der Entwicklung des auf biologischer Basis gewonnenen Heiz- und Kraftstoffs Bezetol des Erfinderteams Bertram/Zettel/Bödiger zu, und in welchem Umfang wird diese Entwicklung von ihr gefördert?
116.	Abgeordneter **Stockleben** (SPD)	Kann Bezetol nach Auffassung der Bundesregierung in nennenswertem Umfang zur Sicherung der Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland oder in Entwicklungsländern beitragen, und welche negativen Folgen (Energiebilanz wegen Anwendung elektrolytischer Verfahren, Umweltbelastungen) sind bereits jetzt erkennbar?
117.	Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)	Sind der Bundesregierung die Forschungen auf dem Gebiet des Kohlestaubmotors bekannt, und wenn ja, wie beurteilt sie diese Forschungen in energiewirtschaftlicher Hinsicht, und hält sie für förderungswürdig?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

118.	Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	In welcher Höhe leistet die Bundesrepublik Deutschland Zahlungen aus Entwicklungshilfemitteln und ähnlichen Haushaltspositionen an Grenada, Angola, Südjemen, Äthiopien und Moçambique, die sich in der Abstimmung der UN-Vollversammlung zum harten Kern der Verbündeten der Sowjetunion bekannt haben, und hält es die Bundesregierung angesichts der gebotenen Solidarität des Westens mit dem afghanischen Volk für vertretbar, Staaten finanziell zu unterstützen, die die Aggression der Sowjetunion gegen Afghanistan gutheißen?

Bonn, den 18. Januar 1980